

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 9. Dezember 2003 Nr. 4051

Interpellation

Interpellation Brigit Steiner Hunziker: Das Entsorgen von Abfällen bleibt Thema; schriftlich

Brigit Steiner Hunziker sowie 28 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 28. Oktober 2003 die beiliegende Interpellation „Das Entsorgen von Abfällen bleibt Thema“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Das Konsum- und Freizeitverhalten der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Der öffentliche Raum wird in zunehmendem Masse für die verschiedensten Nutzungen, z.B. für die Verpflegung über die Mittagszeit, beansprucht. Diese stärkere Beanspruchung, aber generell auch der zunehmend sorglose Umgang mit dem öffentlichen Raum wirken sich negativ auf die Sauberkeit in der Stadt aus. Die bestehenden Entsorgungskonzepte müssen aufgrund solcher Entwicklungen kontinuierlich überprüft und bei Bedarf neuen Entwicklungen angepasst werden.

Zur Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt wird heute gemäss den Legislaturzielen auf verschiedenen Ebenen und verwaltungsübergreifend gearbeitet (vgl. Trägerprojekt "Sicherheit und Sauberkeit" im Rahmen der Lokalen Agenda 21). Die folgenden Massnahmen dienen diesem Ziel:

- a) Öffentlichkeitsarbeit zur Information und zur Sensibilisierung für die Problematik
- b) Vermehrte gezielte Reinigungsarbeiten, insbesondere bei Sammelstellen
- c) Konsequente Ahndung von eruierten Verursachern von Wilddeponien



- d) Erziehungsmassnahmen (Abfallunterricht in Schulen)
- e) Ergänzung und Neuausrichtung der Sammelinfrastrukturen (Container, Unterflurbehälter).

Diesen Aktivitäten sind jedoch durch den Personalbestand und durch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel Grenzen gesetzt .

2 Beantwortung der Fragen

Zu Frage 1: Ist der Stadtrat mit dem Abfallkonzept des Entsorgungsamtes zufrieden oder drängen sich Anpassungen auf? Genügt die Informationspolitik, besonders auch für die ausländische Bevölkerung?

Ein wesentliches Element der Entsorgungspolitik der Stadt ist die Finanzierung der Aufwendungen der Abfallentsorgung durch verursacherorientierte Gebühren (Sackgebühr, Containergebühr, Sperrgutmarken) einerseits und die Grundgebühr andererseits. Die Sackgebühr wurde vor über 20 Jahren eingeführt, ist akzeptiert und erfüllt eine Lenkungsfunction zur Trennung von Wertstoffen und gemischten Abfällen an der Quelle. 1992 wurden insgesamt 352 Kilogramm Abfall und Wertstoffe pro Einwohnerin und Einwohner der Entsorgung zugeführt. Davon entfielen 77 % auf gemischte Abfälle und 23 % auf Wertstoffe. 2002 betrugen die entsprechenden Werte 359 Kilogramm sowie 66 % gemischte Abfälle und 34 % Wertstoffe. Während die Gesamtmenge praktisch konstant blieb, konnte eine merkliche Steigerung des Wertstoffanteils erzielt werden. Die aus der Stadt St.Gallen der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) zugeführte Abfallmenge beträgt rund 18'000 Tonnen pro Jahr; das jährliche Volumen der Wilddeponien ist auf etwa 20 Tonnen, also ca. 0,1 % zu veranschlagen. Das Ausmass von Wilddeponien ist mengenmässig nicht hoch, allerdings fallen sie im Stadtbild stark und unangenehm auf und sind deshalb weiter zu bekämpfen.

Die Stadt hat eine effiziente, verursachergerecht finanzierte Entsorgungslogistik, die im Wesentlichen die Bedürfnisse der Bevölkerung abdeckt. Der Ausgang der Volksabstimmung vom 24. November 2002 über die Umstellung auf die einmalige wöchentliche Kehrichtabfuhr kann durchaus als politische Bestätigung der Stossrichtung der Abfalllogistik bewertet werden.

Die Entsorgungsstrukturen werden laufend optimiert. Dabei wird vermehrt nach kostengünstigen Lösungen, u.a. durch eine engere Zusammenarbeit mit Dritten, gesucht, wie z.B.

- Vereinbarungen zur Mithilfe bei der Reinigung und Wartung von Wertstoffsammelstellen mit Einkaufszentren



- Entsorgung von Sonderabfällen über Apotheken und Drogerien
- Zusammenarbeit mit dem Entsorgungsfachmarkt einer Entsorgungsfirma in Winkeln.

Priorität in der weiteren Entwicklung der Abfallentsorgung haben die Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt, zur Zeit insbesondere bei den Wertstoffsammelstellen, und die Verbesserung der zeitgerechten Abfallbereitstellung zur Abfuhr. In diesen beiden Bereichen sind zusätzliche Massnahmen vorgesehen. So werden verschiedene Wertstoffsammelstellen seit kurzem auch an Wochenenden gereinigt. Ausserdem ist das Projekt für die Erstellung von weiteren Unterflurcontainern in Arbeit.

Die Information der Einwohnerinnen und Einwohner erfolgt durch den Abfuhrkalender mit teilweiser Übersetzung in acht Sprachen. Informationen sind ebenfalls über die Abfallberatung und die Kompostberatung erhältlich sowie über das Internet abrufbar. Daneben lanciert das ESA jährliche Plakataktionen und platziert wechselnde Plakate bei Abfallbereitstellungsplätzen und bei Sammelstellen zur gezielten Sensibilisierung der Bevölkerung. Diese ist langfristig angelegt und soll den Boden bereiten für die gezielten Einzelmassnahmen. Da die Menge der unkorrekt entsorgten Abfälle im Promillebereich liegt, wird die Informationspolitik des Entsorgungsamtes als ausreichend erachtet.

Auch fremdsprachige Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt entsorgen ihre Abfälle zum grössten Teil korrekt. Bestehende Defizite dürften sowohl auf kulturelle und gesellschaftliche Unterschiede wie auch auf eine für diese Zielgruppe noch verbesserungsfähige Information zurückzuführen sein. Das Kontaktgremium der Abfallregion St.Gallen - Rorschach - Appenzell ist derzeit mit verschiedenen weiteren Stellen an der Bearbeitung des Projektes „Information ist Integration“. Zielsetzung dieses Projektes ist die Erarbeitung eines Leitfadens zur Verbesserung der Informationsvermittlung an fremdsprachige Einwohnerinnen und Einwohner. Ebenfalls in Vorbereitung ist die Einführung eines Abfallunterrichtes in Schulen der Region ab dem Schuljahr 2004/2005. Die Öffentlichkeitsarbeit der Abfallregion ist auf Nachhaltigkeit ausgerichtet und soll einen bewussteren Umgang mit Stoffen und Abfällen vermitteln.

Zu den Fragen 2 und 3: Wie schätzt der Stadtrat die Abfallsituation in der Stadt ein? Ist eine Zunahme des „wildes Abfallentsorgens und Abfalldeponierens“ festzustellen? Wird genügend getan, um wilde Sammelstellen zu vermeiden?

Das mit der Kehrachtsammlung beauftragte städtische Tiefbauamt meldet dem Entsorgungsamt täglich alle nicht korrekt bereitgestellten Abfallsäcke und Sperrgüter. Verstösse werden dem ESA auch durch die Stadtpolizei und durch Private gemeldet. In den letzten



Jahren hat sich die Anzahl Meldungen erhöht, so dass tendenziell von einer Zunahme des „wilden Abfallentsorgens und AbfalldPONIERENS“ auszugehen ist.

Der grösste Anteil von wilden Ablagerungen ist bei den Wertstoffsammelstellen festzustellen. Die Wartung dieser Sammelstellen erfolgt im Rahmen des Unterhaltes, teilweise auch in Zusammenarbeit mit Dritten (z.B. Grossverteilern). Regelmässig wird auch mit Plakataktionen auf die korrekte Nutzung der Sammelstellen hingewiesen.

Der Aufwand für die Sauberhaltung der Sammelstellen ist in den letzten Jahren angestiegen. Es sind regelmässig separate Touren zur Sauberhaltung der Sammelstellen notwendig oder im Zuge der Leerungen parallel auszuführen. Bei etwa der Hälfte der Sammelstellen wird neu auch an Wochenenden (Samstagabend) mit einer Reinigungstour wieder Ordnung geschaffen. Geprüft werden zusätzliche Massnahmen, in Abklärung sind etwa der temporäre Einsatz von Überwachungskameras und Möglichkeiten für Bussen auf der Stelle mit Beizug von Dritten.

Zu Frage 4: Könnten an den Sammelstellen auch Behälter für PET-Flaschen bereitgestellt werden?

Die Entsorgung von PET-Getränkeflaschen ist grundsätzlich Aufgabe des Vereins PRS (PET Recycling Schweiz) und nicht der öffentlichen Hand. Seit 1991 erhebt der Verein auf Einweg-PET-Getränkeflaschen ohne Pfand einen vorgezogenen Recyclingbeitrag (VRB). Damit finanziert er die Rückführung und die Wiederverwertung von gebrauchten Einweg-PET-Getränkeflaschen. Es bestehen rund 18'000 Sammelorte mit über 47'000 Sammelbehältern. Über 70 % aller verkauften PET-Getränkeflaschen werden diesen in der ganzen Schweiz verteilten Sammelbehältern zugeführt oder in Harassen dem Detailhandel zurückgegeben. Sammelcontainer sind bei Detailhandelsgeschäften, in Restaurationsbetrieben, Büros oder in Freizeitanlagen vorhanden. Auch einzelne Gemeinden haben Sammelstellen eingerichtet.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass PET-Sammelstellen auf öffentlichem Grund von zahlreichen Benützenden zur Entsorgung von allerlei Abfällen missbraucht werden und dass nur mit bedienten Sammelstellen eine genügende Sammelqualität erzielt werden kann. Aus diesem Grund sind überwachte Sammelstellen beim Detailhandel gegenüber öffentlichen Sammelstellen zu bevorzugen. Ausserdem kann der Verein PRS weitgehend die sowohl ökologisch wie ökonomisch sinnvolle Retrologistik von Filialen in Verteilzentralen des Detailhandels nutzen.

Nach der Verordnung über Getränkeverpackungen (VGV) vom 5. Juli 2000 müssen drei von vier verkauften Glas- und PET-Flaschen ins Recycling gelangen. Diese Quote wurde im Be-



reich von PET im Jahr 2001 erreicht. Im Jahr 2002 ist die Rücklaufquote jedoch von über 80 % auf rund 70 % gesunken. Damit unterschreitet die Recyclingquote das von der erwähnten Verordnung vorgeschriebene Ausmass. Die Regelungen der VGV ermächtigen für einen solchen Fall das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), ein Pfand einzuführen. Ein Pfand auf den rund eine Milliarde jährlich in der Schweiz verkauften PET-Flaschen bringt dem Handel beträchtliche Umtriebe und Mehrkosten. Um die Recyclingquote zu erhöhen und so das drohende Pfand abzuwenden, haben deshalb unter der Leitung des Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) Vertreter der Getränkebranche, der Grossverteiler und von Städten und Gemeinden Möglichkeiten zur Verbesserung vorgesehen. Geplant ist insbesondere das Schliessen von Lücken im Sammelnetz durch die Pflicht zur Rücknahme der Behältnisse durch alle Verkaufsstellen. Denkbar wäre auch eine differenzierte Pfandregelung, bei der vorerst nur die im Freizeitkonsum wichtigen kleinen PET-Flaschen mit einem Pfand belastet werden. Damit könnte gezielt der Rücklauf dieser Flaschen verbessert werden, die sich heute besonders häufig im Kehrrikt oder an Strassenrändern und auf Plätzen finden. Die Fachorganisation für Entsorgung und Recycling (FES) des Städte- und Gemeindeverbandes ist zur Schaffung von Lösungen in engem Kontakt mit der betroffenen Industrie und der zuständigen Bundesbehörde.

Zu Frage 5: Stehen an den Sammelstellen genügend Container für Leergebinde bereit, oder werden diese für „wildes Abfallentsorgen“ missbraucht?

Die Container für Leergebinde sind für leere, verschmutzte Tragtaschen und für Flaschenverschlüsse vorgesehen. Für diesen Zweck stehen genügend Container zur Verfügung. Teilweise werden sie jedoch nicht korrekt genutzt. Der Einwurfschlitz ist bewusst so eng, dass das Einwerfen von grösseren Abfällen verhindert wird. Nicht vermieden werden kann jedoch, dass Kleinabfälle teilweise über diese Container entsorgt werden.

Zu Frage 6: Trägt die Arbeit des Abfalldetektivs dazu bei, an neuralgischen Punkten Schadensbegrenzung zu machen oder werden auch Verbesserungen erreicht?

Die Arbeiten des Abfallcontrollers beinhalten im Wesentlichen das Eruiere von Verursachern wilder Ablagerungen. Ebenfalls zu seinen Aufgaben gehört der Kontakt mit Hauswarten von Liegenschaften, in deren Umfeld es immer wieder zu unkorrekten Bereitstellungen von Abfällen kommt. Durch die Beratungstätigkeit wird nicht nur eine Schadensbegrenzung, sondern es werden auch Verbesserungen erzielt.



Zu Frage 7: Welches sind die bis heute gemachten Erfahrungen mit dem „Molok-System“? Werden weitere solche Sammelbehälter installiert? Wenn ja, wo und wann sind weitere geplant?

Die mit dem Einsatz von Unterflurbehältern gemachten Erfahrungen im Bereich der Abfallentsorgung sind positiv. Hauswarte schätzen es, dass keine Container mehr für die Abfallentsorgung zeitgerecht bereitgestellt werden müssen. Ebenso können Einwohnerinnen und Einwohner ihre Abfälle unabhängig von den Abfuhrzeiten entsorgen. Aufgrund der durchwegs positiven Erfahrungen ist vorgesehen, dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage für das weitere Vorgehen bei der Realisierung des Unterflursystems zu unterbreiten.

Zu Frage 8: Was sind die Gründe, die zur Schliessung der Sammelstelle für Sonderabfall im Lagerhaus auf Ende Oktober geführt haben? Ist Ersatz an einem andern Standort vorzusehen?

Grund für die Schliessung der Sammelstelle im Lagerhaus ist die Auflösung des Mietverhältnisses und der Umzug der Projekt-Werkstatt, die bisher die Sammelstelle für Sonderabfälle betreute, in Räumlichkeiten beim Güterbahnhof. Die erforderlichen Investitionen für die Aufrechterhaltung der Sammelstelle mit dem gleichen Angebot am neuen Standort der Projektwerkstatt beim Güterbahnhof liegen bei rund Fr. 40'000.–. Seit dem 1. Juli 2003 können nun aber Kleinmengen von Sonderabfällen aus Haushaltungen bei allen Drogerien in der Stadt und bei den meisten Apotheken zurückgegeben werden. Durch die neu vereinbarte Zusammenarbeit mit den Drogerien und Apotheken besteht ein flächendeckendes Netz für die Entsorgung von Sonderabfällen aus Haushaltungen. Weiter ist aus der Zusammenarbeit mit der Firma SOREC ein neues Entsorgungsangebot im Sinne eines Entsorgungsfachmarktes für sämtliche Abfallfraktionen mit sehr publikumsfreundlichen Öffnungszeiten entstanden. Aufgrund dieser neuen Ausgangslage wären die erwähnten Investitionen für den Betrieb der Sammelstelle Davidstrasse resp. deren Ersatz nicht gerechtfertigt. Neu wird die Sammelstelle beim Güterbahnhof noch auf die Annahme von Styropor und Altmetall ausgerichtet. Die Einrichtung einer neuen Ölsammelstelle wird derzeit noch geprüft.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:



Interpellation Brigit Steiner Hunziker vom 28. Oktober 2003

